

## EINLADUNG

39. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bürgerdienste, Wirtschafts- und Ordnungsangelegenheiten - Besucher möchten sich bitte per Mail im BV-Büro anmelden

Gäste möchten sich bitte per E-Mail im BV-Büro ([bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de](mailto:bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de)) anmelden. Sie erhalten dann eine Zugangsberechtigung vom Büro.

---

**Sitzungstermin:** Dienstag, 26.05.2020, 17:30 Uhr

**Raum, Ort:** Festsaal, 3. Etage, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

---

### Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften
- 3 VzK Mobiles Geld in Westend DS-Nr: 0924/5
- 4 VzK Schutz der MieterInnen in der Uhlandstraße DS-Nr: 0937/5
- 5 Parken auf dem Gehweg am Salzufer **1355/5**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Abfallentsorgung fast zum Nulltarif? **1418/5**  
SPD-Fraktion
- 7 Wohnungsaufsicht ins Wohnungsamt **1130/5**  
Fraktion DIE LINKE (*Stadt abg., BüDi ffd.*)
- 8 Kooperationsverträge mit Wohnungsbaugesellschaften zum Mieterschutz **1160/5**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 10 Verschiedenes

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Kempf  
Ausschussvorsitzende

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/ Wapler/ Drews

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 1355/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Parken auf dem Gehweg am Salzufer**

Die BVV möge beschließen:

das Bezirksamt wird gebeten, durch das Ordnungsamt verstärkte Kontrollen am Salzufer durchzuführen, um das illegale Parken auf dem Fußweg an der Uferseite zu ahnden. Gleichzeitig soll die Polizei gebeten werden, auch diesen Bereich daraufhin zu kontrollieren.

Der BVV ist bis zum 29.2. 2020 zu berichten.

**Begründung:**

Die Gehwegseite am Salzufer ist zu den normalen Büro- und Geschäftszeichen vollständig zugeparkt, sodass es für Fußgänger\*innen nicht möglich ist, auf dem Gehweg an der Uferseite zu laufen. Der gesamte Bereich ist mit Schildern, die absolutes Halteverbot anzeigen, versehen und ein Schild, aus dem hervorgehen würde, dass das Parken auf dem Gehweg erlaubt sei, existiert nicht.

**Drucksachen**  
der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
SPD-Fraktion  
Sempf/Andres

TOP-Nr.:
----------

**Antrag**

**DS-Nr: 1418/5**

Beratungsfolge:
-----------------

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

### **Abfallentsorgung fast zum Nulltarif?**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zukünftig, evtl. auch in Abstimmung mit dem Land, dafür zu sorgen, dass das Aufstellen von Baucontainern im öffentlichen Straßenland teurer wird. Darüber hinaus wird das Bezirksamt aufgefordert, die Kontrolle über die Dauer der Aufstellung zu verbessern. Dazu soll eine Plakette entwickelt werden, die auf dem Container angebracht wird und die der zuständigen Bauaufsicht die Kontrolle erleichtert, die es aber auch den Bürger\*innen ermöglicht, bei Überschreitungen der Aufstellzeit das Bezirksamt zu informieren.

Der BVV ist bis zum 30.04.2020 zu berichten.

#### Begründung:

Immer mehr Container stehen im öffentlichen Straßenland. Teilweise über viele Wochen und viele Monate. Oft werden sie nicht mehr benötigt, da Bauarbeiten o.ä. längst abgeschlossen sind. Das führt dann auch dazu, dass Bürger um den Container herum ihren Müll dazustellen. Dringend benötigter Parkraum wird blockiert. Es entsteht der Eindruck, dass die Kontrollen, nicht fristgerecht durchgeführt werden (können). Eine Erhöhung der Gebühren würde dazu führen, dass die Nutzer die Container zeitnaher abholen lassen. Eine Sondernutzungsgebühr zwischen Euro 2,-- und 20,-- pro Quadratmeter und Monat ist nicht dazu geeignet, die Nutzer zur Eile zu drängen. Eine Kennzeichnung erleichtert die Kontrolle.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion DIE LINKE  
Schenker/Juckel

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 1130/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

**Wohnungsaufsicht ins Wohnungsamt**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die Wohnungsaufsicht von der Bauaufsicht zu trennen und in das Wohnungsamt einzugliedern.

Begründung: In den anderen Bezirken ist die Wohnungsaufsicht nicht bei der Bauaufsicht, sondern im Wohnungsamt eingegliedert. Aufgrund der vielen Überschneidungen mit Anwendungen des Wohnungsamtes ist es sinnvoll, dass dies auch in Charlottenburg-Wilmersdorf umgesetzt wird.

Der BVV ist bis zum 30.06.2019 zu berichten.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Dr. Vandrey/Wapler/Gusy

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 1160/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Kooperationsverträge mit Wohnungsbaugesellschaften zum Mieterschutz**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, Kooperationsverträge mit denjenigen privaten Wohnungsbaugesellschaften zu schließen, welche die größten Wohnungsbestände im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf haben (nach Möglichkeit mindestens 5 Kooperationspartner). Darin soll sich u. a. darauf verständigt werden, dass zukünftige Modernisierungsvorhaben sozialverträglich für die Mieter\*innen gestaltet werden und dass Modernisierungen nur noch soweit auf die Miete umgelegt werden dürfen, als dass die Gesamtmiete danach 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens nicht übersteigt.

Der BVV ist bis zum 31.8. 2019 zu berichten.

**Begründung:**

Um Mieterhöhungen in einem sozialverträglichen Rahmen zu halten und um eine weitere Verdrängung von Mieter\*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf zu verhindern, sind solche Kooperationsverträge mit der privaten Wohnwirtschaft eine sinnvolle Ergänzung zu den bisherigen Mitteln. Das Land Berlin hat derartige Kooperationsverträge bereits mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften geschlossen. Der Bezirk sollte die an dieser Stelle entstandene Lücke zum Wohle der Mieter\*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf aktiv und schnellstmöglich schließen. Ein Beispiel könnte sich der Bezirk an dem Vertrag zwischen dem Bezirksamt Lichtenberg und der Deutschen Wohnen nehmen."